



Wien 2030 – Stadtplanung, Verkehr und Naturschutz

*25 Jahre nach Tschernobyl
Güterterminal Wien Inzersdorf
Umweltanwältetagung in Schruns*



Dr. Andrea Schnattinger
Wiener Umwelthanwältin

Wien 2030 – Was braucht die Stadt bis dahin?

Mit unfassbarer Treffsicherheit wurde die Welt 25 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl mit den atomaren Folgen des Tsunamis in Japan konfrontiert. Wieder haben Menschen ihr zu Hause und ihre Lebensgrundlage verloren, wurden Landstriche unbewohnbar und permanente Quellen von Radioaktivität verseuchen Gewässer, Luft, Böden und in der Folge Nahrungsmittel. Selbst im Hochtechnologieland Japan konnte die Reaktorsicherheit nicht gewährleistet werden und fehlen für die Bewältigung der Folgen die Mittel. In Europa hat sich die Kommission für Stresstests für Reaktoren entschieden. Wie diese Tests gestaltet werden sollen, darüber scheiden sich die Geister und erst recht darüber wie die Konsequenzen ausfallen sollen. Für den Umgang mit den Ergebnissen sind die einzelnen Staaten zustän-

dig. Die eigentlich sinnvolle Konsequenz – nämlich konsequent den Ausstieg zu planen und sofort die gefährlichsten AKW vom Netz zu nehmen und Zug um Zug die Energieversorgung umzustellen – steht allerdings noch aus. Ab sofort gilt es alle Kräfte der Vernunft auf das Thema zu konzentrieren – ein Unfall auch kleinerer Dimension in Europa hätte unabsehbare Folgen, ist aber jeden Tag möglich. Das Feedback, das wir als WUA zu unseren Veranstaltungen und Informationen bekommen lässt uns hoffen, dass die Menschen doch Interesse und Einsatz für ihre Lebensweise und Lebensgrundlagen entwickeln.

Am wichtigsten für die ökologische, soziale und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Gesellschaft sind und bleiben jedoch die politischen Rahmenbedingungen. Die WUA hat als Grundlage für ihre Stellungnahmen und ihre Haltung in diversen

Planungsprozessen eine Zukunftsdiskussion mit dem Arbeitstitel Wien 2030 geführt. Eine kurze Zusammenfassung der Themenschwerpunkte mit den Zielen im Bereich Stadtplanung und Grünraum finden Sie in dieser Ausgabe der umweltstadt. Das übergeordnete Ziel Wien als den attraktivsten Lebensraum zu gestalten und mit der höchsten Lebensqualität in Österreich (beziehungsweise Mitteleuropa) auch langfristig zu erhalten, ist das Leitmotiv. Da die Themen und vor allem die dahinterstehende Diskussion nur verkürzt wiedergegeben werden kann, freuen wir uns über Nachfragen und zusätzliche Gespräche.

Eine interessante Zeit mit dieser umweltstadt wünscht Ihre

Wiener Umwelthanwältin



Neue Broschüre der WUA: Von Tschernobyl nach Fukushima – Gedenken. Nachdenken. Vordenken.



Die Katastrophe von Tschernobyl jährte sich am 26.4.2011 zum 25. Mal. Aus diesem Grund hat die WUA als Atomschutzbeauftragte für Wien zu einer Gedenkveranstaltung geladen (siehe Seite 3). Die Publikation, die anlässlich dieses traurigen Gedenktages produziert wurde, behandelt sowohl den Atomunfall im KKW Tschernobyl, als auch die Katastrophe in Fukushima/Japan im März 2011. Weiters haben namhafte ExpertInnen zu Fragen wie „Was verbinden Sie mit dem Wort Tschernobyl!“ oder „Wie beurteilen Sie die Renaissance der Kernenergie im Licht der damaligen Ereignisse“ in der Broschüre Stellung genommen. Die Publikation ist ab sofort bei der WUA unter www.wua-wien.at/home/publikationen zu bestellen.

Erratum umweltstadt 03/2010

Aufmerksame Leser haben uns auf einen Druckfehler in der umweltstadt 03/2010 (Seite 7, 2. Absatz, letzter Satz) hingewiesen:

Richtig lautet dieser Satz:

Dabei ist allerdings anzumerken, dass der mittlere Abfluss der Donau in Wien rund **1920 m³/Sekunde** beträgt und daher mit einem raschen Durchfluss und einer großen Verdünnung zu rechnen ist.

Buchempfehlung

„Wiesentricks“ – entdecke die Natur auf lustige Weise! Glockenblume im Ameisenhaufen, Grashalm Wiesenpfliff, Steine springen auf dem Wasser und vieles mehr. Das Buch von 0 bis 100 Jahren! ISBN 978-3-200-01849-5 www.wiesentricks.at



© Florian Ryba

Von Tschernobyl nach Fukushima – Gedenkveranstaltung der WUA

Die Veranstaltung anlässlich des 25. Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl sollte eigentlich dem Erinnern gewidmet sein. Dem Erinnern an jene Nuklearkatastrophe, in einer langen Reihe von verheerenden Nuklearunfällen, der es gelang das kernenergiefreundliche Europa, zumindest für einige Jahre, merklich aufzurütteln. Die Ereignisse von Fukushima, die auf der Internationalen Skala für Nukleare Ereignisse (INES) die gleiche und somit höchste Einstufung wie die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl haben, gaben der Veranstaltung jedoch eine traurige Aktualität.

Etwa 170 Personen nutzten die Gelegenheit persönlich teilzunehmen. Ein zweiter Saal mit Videoübertragung war kurzfristig notwendig um den Ansturm an SchülerInnen, Interessierten und alten Bekannten aus dem Bereich der Kernenergiegegner und -befürworter aufzunehmen. Das breit gefächerte Programm bot neben einer Expertendiskussion zum Unfall in Tschernobyl eine historische, psychologische und umweltmedizinische Betrachtung der Katastrophe vor 25 Jahren mit aktuellen

Querbezügen zur gegenwärtigen Lage in Japan.

In ihren Eröffnungsreden wiesen sowohl die Wiener Umweltschützerin Dr.ⁱⁿ Mag.^a Andrea Schnattinger als auch die Wiener Umweltstadträtin Mag.^a Ulli Sima auf die Notwendigkeit der sofortigen Stilllegung der unsichersten KKW hin und forderten eindringlich einen stufenweisen Komplettausstieg aus der Kernenergienutzung. Jener stufenweise Ausstieg aus der Kernenergie der alle betrifft, der nicht nur an die Adresse der Kernkraftwerksbetreiber gerichtete Aufforderung ist. Jener Ausstieg aus der Kernenergie um den man die Betriebe und Entscheidungsträger einfach aus Gründen der Vernunft und der Menschlichkeit ersuchen kann, den aber auch eine konsequente Mehrheit aus BürgerInnen und gleichzeitig potentiellen Opfern der Kernenergie genauso durch persönliches Verhalten herbeiführen kann. Eine Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen aus Österreich, der Ukraine und Russland skizzierte Tschernobyl im Licht der Erinnerung der TeilnehmerInnen. In der Folge lud der Historiker Andreas Kuchler zu einem Schnelldurchlauf durch die Geschichte der Kernenergie und die Veränderung ihres Bildes in österreichischen Medien, der in einer nachdenklichen filmischen Dokumentation über das Tschernobyl von heute endete. Die Psychologin Brigitte Lueger-Schuster bot eine andere Perspektive der Folgen der Ka-

tastrophe und zeigte die Spuren des Geschehenens in der Psyche der Betroffenen – Spuren von Entwicklungsstörungen bis zum Suizid als Folge der permanenten und allgegenwärtigen Bedrohung. Der Umweltmediziner Hans-Peter Hutter präsentierte Zahlen von Opfern, die auch heute noch erstaunlich divergieren und erklärt, warum die Diskrepanzen bestehen.

Bei der abschließenden Publikumsdiskussion hatten die Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit Fragen zu stellen oder ihre Meinung zu den vorgetragenen Themen zu äußern. Viele nutzten diese Gelegenheit. Das Spektrum reichte dabei von der berechtigt vorwurfsvollen Frage warum nur so wenige Leute da sind – warum eigentlich nur 170 das Thema betrifft doch viel mehr Leute – bis zu ganz konkreten Fragen über das in den Vorträgen gebrachte und darüber hinaus. Auch der Standpunkt über die Sicherheit, Nützlichkeit und die große Zukunft der Kernenergie fand Platz. Vielleicht etwas leiser vorgetragen als es ohne das Grollen der Erdbeben in Japan gewesen wäre. Kernenergie oder Kohle hat es wieder geheißt. In Hinblick auf die Potenziale erneuerbarer Energieträger darf man wohl ohne als realitätsfremd zu gelten sowohl auf das Eine wie auch das Andere verzichten wollen.

Die Dokumentation zur Veranstaltung ist unter www.wua-wien.at nachzulesen.

„Gedenken.Nachdenken.Vordenken“, so der Titel der Veranstaltung. Die Reflexion über die Kernenergie, festgemacht an einem oder auf Grund der Aktualität an zwei Ereignissen ist jedoch zu kurz gegriffen. Die Geschichte der Kernenergie ist auch die Geschichte der verdrängten Katastrophen. Die Namen wechselten im Lauf der Zeit – Chalk River, Kyschtyum, Windscale/Sallafield, Simi Valley, Lucens, Leningrad, Bohunice, Three Mile Island, Belojarsk, Tschernobyl, Fukushima aber auch Hanford, Majak, Bikini, Mururoa, Amchitka – die Folgen variieren. Einmal war es die friedliche einmal die militärische Nutzung der Kernenergie, ein anderes Mal ist diese Unterscheidung streng nicht möglich. Jeder einzelne Name ist einzigartig, jedes Ereignis wird

genau so nie wieder stattfinden, das wird nachdrücklich betont. Vergessen sollte man keines, vergessen darf man keines.

Gedenken.

Trotz der Einzigartigkeit der Ursachen, der Folgen, der Betroffenen haben all diese Namen etwas gemeinsam. Eine Synthese ist möglich – die Folgen der Kernenergienutzung. Orte, über die man vielfach nicht sprechen will, wozu auch, viele sind der Menschheit für immer entzogen. Hier ist nicht der Tod durch die Katastrophe und danach das Leben, sondern fast einzigartig, der Tod und danach der Tod, menschengemacht, unbegreiflich. **Nachdenken.**

Was waren die Konsequenzen aus Tschernobyl, welche Lehren wurden gezogen? Keine, ist die oft knappe Antwort. Und doch wurde über Dutzenden von

Jahren der Aufbau einer mächtigen Nuklearindustrie in Europa eingestellt. Wie in den USA auch, nach dem dort relevanten mone tekel mit Namen Three Mile Island. Fast 30 % Strom aus Kernenergie in Europa ist viel, etwa 15 % weltweit ist weniger. Knappe 6 % am Gesamtenergiebedarf in Europa relativiert und weniger als 3 % am weltweiten Gesamtenergiebedarf gibt Hoffnung. Es geht auch ohne. Es wird etwas kosten, ohne Frage. Es wird Zeit benötigen, vielleicht zehn Jahre vielleicht aber auch doppelt oder dreimal so lange. Aber es ist möglich, ohne, dass das vielzitierte Licht ausgeht, aber vor allem damit nicht noch ein Name der Liste angefügt werden muss, nicht noch ein Ort an dem das Licht für immer ausgegangen sein wird. **Vordenken.**

Wien wird in den nächsten Jahrzehnten zu einer Zweimillionen-Stadt wachsen.

Urbanität bietet jene Lebensqualität, die es ermöglicht, Ressourcen schonend zu leben, den Weg von der Effizienz zur Suffizienz zu finden und die kreatives Potenzial konzentriert. Als eine der lebenswertesten Städte der Welt hat Wien breiten Spielraum, auf die Fragen unserer Zeit originell und zukunftsweisend zu antworten.

Die WUA beschäftigt sich schon seit Jahren mit den Auswirkungen des Klimawandels auf urbane Gebiete und arbeitet intensiv an einem Zukunftsszenario zu „Wien 2030“. Schon im Jänner 2010 haben wir namhafte ExpertInnen zu Zukunftsgesprächen „Wien 2030 – Coole Stadt am heißen Planeten“ eingeladen. Damals wurden in drei Diskussionsrunden

zu den Themen „Urbane Evolution – Mensch und Grünraum 2030“; „Was bewegt – Energie und Mobilität 2030“; „Leben global – ein Wiener Beitrag zur weltweiten Fairness“, in konstruktiven Workshops wertvolle Grundlagen für die Fortführung unseres Projektes bestimmt. Nachdem wir die Ergebnisse dieser Gesprächsrunden aufgearbeitet und ergänzt haben, laden wir auch heuer wieder zu ganztägigen Arbeitskreisen ein, um die Konzepte, Ideen und Visionen ausführlich zu erörtern und abzuschließen.

Die Abschlussberichte der Zukunftsgespräche zu den Themen

- Stadtplanung, Verkehr und Naturschutz
- Energie, Bauen und Wohnen
- Lebensstile und Partizipation

werden die Schwerpunkte der umweltstadt im Jahr 2011 bilden.

Stadtplanung, Verkehr und Naturschutz im Jahr 2030

Im Jänner 2011 haben wir mit 20 ExpertInnen die Zukunftsvisionen für die Bereiche Stadtplanung, Verkehr und Naturschutz diskutiert. Nachstehend präsentieren wir Ihnen die Ergebnisse der drei Diskussionsrunden.

Die Ergebnisse werden von der WUA als Ziele aufgegriffen und im Rahmen der entsprechenden Projekte und Programme als Vorschläge eingebracht. Wir möchten noch darauf hinweisen, dass hier die Ergebnisse nur sehr verkürzt dargestellt werden können. Gerne stehen unsere ExpertInnen für Detailinformationen zur Verfügung.

Stadtplanung 2030

Begrünung dicht bebauter Gebiete

Durch den Klimawandel muss mit der Zunahme von Temperatur- und Wetterextremen gerechnet werden. Um dem entgegenzusteuern muss Wien ein innovatives Begrünungsprogramm – insbesondere in den dicht bebauten Gebieten – entwickeln. Es werden mindestens 50 % der Wiener Dächer als Gründächer und/oder zur Energiegewinnung genutzt. Die Vorbehalte in der Bevölkerung werden gezielt durch Bildung und Öffentlichkeitsarbeit abgebaut. Durch das Schaffen

von Umlagesystemen/Förderungen werden Anreize für Dach- und Fassadenbegrünungen geschaffen. Ziel dieser Maßnahme ist eine Verbesserung der Luftqualität durch eine verstärkte Feinstaubbindung, eine Reduktion der Überhitzung im dicht bebauten Stadtgebiet und die Schaffung zusätzlicher Freiräume in der dritten Dimension.

Wärmeinseln/Frischluftschneisen

Durch intelligente Stadtplanung werden bestehende Wärmeinseln saniert und neue verhindert. Es wird ein verpflichtendes Konzept von Grünschneisen bis in dicht bebauten Stadtteile geben. Das Begrünungsprogramm der Stadt konzentriert sich insbesondere auf identifizierte Wärmeinseln. Luftleitbahnen werden frei von Bebauungen gehalten, um die nächtliche Abkühlung der Stadt nicht zu beeinträchtigen. Grünschneisen ins Stadttinnere werden komplettiert und durchgängig gestaltet. Erreicht wird dieses Ziel durch Fassadenbegrünung, Dachgärten, Straßenbegrünung, bewusste Orientierung der Baukörper

im Neubaufall, Baumaterialien, die nicht stark absorbieren, Ausweisung photovoltaischer Vorranggebiete und „intelligente Fassadenelemente“.

Grünraumsicherung

Wien erlebt ein starkes Bevölkerungswachstum. Dadurch entsteht ein hoher Druck auf noch unversiegelte Flächen, die aber aus vielen Gründen wertvoll sind und für Bebauung tabu bleiben sollten. Ein Wiener Bodenschutzgesetz (Grünraumschutzgesetz), welches Mindestanteile an unversiegelten Flächen pro Stadtteil bzw. pro Bezirksteil vorschreibt, soll erlassen werden. Es soll eine Schutzkategorie geben, die unter gar keinen Umständen in ihrer Intention umgangen werden kann. Mit Hilfe einer Ausgleichsregelung für Parks und Grünflächen, einer präzisen Definition von Siedlungsgrenzen, dem Prinzip des Landschaftskontos, der Schutzkategorien Landschaftsschutzgebiet und SWW sowie einer Abstimmung über Entwicklungspotenziale von Grünräumen soll dieses Ziel erreicht werden.



Stadt der kurzen Wege

Durch das Auslagern der Nahversorgung in Einkaufszentren an den Stadtrand steigt der Individualverkehr stark an. Um diesen Umstand entgegenzuwirken, wird das Prinzip der „Stadt der kurzen Wege“ wieder gezielter verfolgt.

Die Nutzung von Erdgeschoßzonen wird gefördert und das Angebot an Nah-

versorgern wird verdichtet. Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum wird attraktiviert, indem der ruhende Verkehr reduziert und der ÖV gefördert wird. FußgängerInnen können sich daher freier und sicherer im öffentlichen Raum bewegen. Unterstützt wird dieser Prozess, indem der Komfort für kurze Wege (barrierefrei, Beschattung, witterungssicher,

kein ruhender Verkehr, Arkaden) erhöht wird und die Durchgängigkeit der Stadtstrukturen gesichert ist. Durch diese und mehr Maßnahmen wird der MIV reduziert, eine Belebung des öffentlichen Raumes erreicht, eine dichtere Versorgung mit Nahversorgern und mit Naherholungsflächen gewährleistet und somit der Freizeitverkehr verringert.

Fortbewegung in der Stadt (räumliche Aspekte des Verkehrs)

Öffentlicher Verkehr (ÖV)

Innerstädtisch ist das ÖV-Netz so verdichtet, dass die Entfernung von Bebauung (Wohnung, Büros) zur nächsten ÖV-Station nicht mehr als 300 m beträgt. Der Stadtgrenzen überschreitende ÖV ist dicht und von hoher Qualität, sodass Pendler nicht mit dem Auto in die Stadt fahren müssen. In Stadtrandlagen ergänzen Anrufsammeltaxi (AST), Car-Sharing und eine optimale Raderschließung die Zufahrt zu hochrangigen Verkehrsmitteln. Das Angebot des ÖV ist so gut, dass ein Großteil der täglichen Wege bewältigt werden kann. Eine Mobilitycard bzw. eine Service-Card, die auch alle Mobilitätsfunktionen umfasst (ÖV, Taxi, Car-Sharing, Bahn, City-Bike) bietet BürgerInnen einfachsten Zugang. Eine Verbesserung der Intervalldichte und der Zuverlässigkeit garantiert, dass der ÖV neben Zufußgehen und Radfahren die beliebteste Fortbewegungsart in der Stadt ist. Aus der Summe der oben genannten Maßnahmen wird der Anteil des MIV am Modal Split abnehmen und die volle Auslastung des ÖV erreicht. Elektroautos sollen den ÖV und den NMIV ergänzen – nicht den MIV ersetzen.

Tangentiale ÖV-Verbindungen

Auch die Außenbezirke sind mittels tangential geführter, schneller öffentlicher Verkehrsmittel (wie z. B. S-Bahnen und Straßenbahnen) gut verbunden. Tangentiale ÖV-Verbindungen umschließen die Stadt. Durch Nutzung bzw. Ausbau der bestehenden (ÖBB)Tangentiale kann sofort eine Verbesserung geschaffen werden. Aufgrund der Distanzen sollen vorzugsweise „Schnellver-

bindungen“ geschaffen werden. Eine Attraktivierung des ÖV im Allgemeinen und eine hohe Entlastung der Radialverbindungen werden die Konsequenzen dieser Maßnahmen sein. Allerdings ist ein höherer Druck auf die bestehenden Achsenzwischenräume zu erwarten.

FußgängerInnen

FußgängerInnen werden in allen Verkehrsbereichen bevorzugt. Der öffentliche Raum ist frei von ruhendem Verkehr; auf Barrierefreiheit wird geachtet; es gibt ein Begrünungskonzept für Straßen; eine flächendeckende Umsetzung von StraßeFairTeilen wird durchgeführt.

Radfahren

Das Rad ist neben dem Zufußgehen und dem ÖV das Hauptfortbewegungsmittel. RadfahrerInnen bekommen im Straßenraum eigene vollwertige Spuren und die Benützungspflicht von Radwegen sowie von Mischstreifen fallen. RadfahrerInnen werden gegenüber dem MIV bevorzugt (beispielsweise an Kreuzungen). Radabstellanlagen sind wettergeschützt, sicher und in ausreichender Menge vorhanden. Radgaragen an Verkehrsknotenpunkten (wichtige Umsteigerelationen zum ÖV) und im Wohnbereich sind Standard. Die Errichtung von Fahrradzonen und leistungsfähiger radialer Radachsen fördern den Radverkehr. Umfassendes betriebliches Mobilitätsmanagement (z. B. Duschen am Arbeitsplatz) erleichtert die Benutzung des Rades.

Allgemein verfügbare City-Bikes und kraftsparende City-Pedelecs stehen für die individuelle Mobilität zur Verfügung.



Parkraum/Stellplätze

Der öffentliche Raum steht primär den FußgängerInnen, sekundär anderen VerkehrsteilnehmerInnen (Rad, ÖV, Auto) zur Verfügung. Der ruhende Verkehr wird aus dem öffentlichen Raum in Garagen verlegt (Ausnahme Car-sharing, Lieferzonen, Radabstellplätze). Für E-Autos werden Ladestationen in Garagen vorgesehen.

Auch wenn die Stellplatzverpflichtung intensiv überdacht werden muss, muss dennoch gewährleistet sein, dass ausreichend unterirdische Stellplätze vorhanden sind, um die Oberflächen in der Stadt für andere Nutzungen frei zu machen. Verpflichtende Stellplätze pro Wohnung sind jedenfalls für Fahrräder attraktiv und in entsprechender Zahl vorzusehen.



Naturschutz 2030



Kinder und Stadtnatur

Stadtkinder haben im Alltag zu wenig Gelegenheit Erfahrungen mit der Natur zu machen. Ihre Erfahrungswelt wird zunehmend von künstlichen Faktoren dominiert. Von der Natur entfremdet, werden sie sich als Erwachsene nicht für die Erhaltung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen. Diesem Trend kann durch die Einrichtung von Naturerfahrungsräumen entgegen gewirkt werden, die im dicht bebauten Stadtgebiet in Baulücken und in geeigneten Innenhöfen und Parkanlagen eingerichtet werden. Auf diesen fußläufig erreichbaren „Gstett’n-Abenteuerspielplätzen“ besteht für alle Kinder die Möglichkeit, im Umgang mit Pflanzen, Tieren und natürlichen Materialien Erfahrungen zu sammeln.

Bereits seit 1998 wird im Rahmen des von der Stadt Wien installierten Projekts „einfach – mehrfach“ die temporäre Nutzung von Freiräumen organisiert. Die hier gesammelten Erfahrungen bezüglich Haftung, Verwaltung und Gestaltung können eine wertvolle Grundlage für die Umsetzung von Naturerfahrungsräumen sein. Mittels eines Indikatorenkataloges könnten geeignete Baulücken identifiziert werden – nicht jede Baulücke ist als Naturerlebnisraum geeignet. Über die Nutzung von Feuermauern, unter anderem als Flächen als Werbeträger, könnten Einnahmen lukriert werden.

Großzügige Grünräume für alle NutzerInnen

Die aufgrund des Platzmangels notwendige bauliche Separierung der verschiedenen Nutzergruppen vor allem im dicht bebauten Stadtgebiet ist unbefriedigend.

Großzügig dimensionierte Grünräume bieten ausreichend Raum für alle NutzerInnen. In den meisten öffentlichen Parkanlagen finden sich Wildnisecken, eine differenzierte Pflege ermöglicht Kräutersäume entlang von Gehölzen, Magerstandorte, offene Bodenflächen und Laubhaufen.

Ausreichende Flächenverfügbarkeit und die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Grünraumpolitik. Auf diese Art wird auch Raum für ungestaltete Natur in Parks realisierbar sein. Parkbetreuer vermitteln zwischen den Nutzergruppen und bieten spezifische Programme zur Verbesserung der Kommunikation. Parkbesucher werden (auf freiwilliger Basis) in die Gestaltung und Betreuung der Anlagen mit einbezogen.

Aufwertung der Innenhöfe

Innenhöfe werden vielfach als Kfz-Stellplätze genutzt und aufgrund mangelnden Interesses der EigentümerInnen unattraktiv gestaltet. Darüber hinaus ist der Innenbereich von Baublöcken oftmals in kleine, kaum nutzbare Höfe unterteilt. Verbundene Innenhöfe könnten im dicht bebauten Stadtgebiet grüne Oasen bilden, die auch für nicht Ansässige nutzbar sind. Derart attraktivierte Hofbereiche würden – zu „Grünen Routen“ durch die Stadt verbunden – eine bessere Durchwegung erlauben und damit FußgängerInnen und RadfahrerInnen fördern. Begrünung und Entsiegelung können die Artenvielfalt erhöhen und zum Bodenschutz beitragen – Kleinklima und Naherholungsmöglichkeiten würden verbessert. Das größte Umsetzungspotenzial besteht beim Neubau. Für diesen Fall könnte von der Flächenwidmung ein öffentlicher Durchgang vorgesehen werden. Hilfreich wäre auch eine Einschränkung der Abstellmöglich-

keit von Kfz in Innenhöfen. Private Hofflächen sollen erhalten bleiben, wenn sie von den BewohnerInnen genutzt werden, nur der Weg soll öffentlich nutzbar sein. AnrainerInnen müssen in einen partizipativen Planungsprozess einbezogen werden, um die ausreichende Berücksichtigung von Ruhe- und Sicherheitsbedürfnissen zu gewährleisten. Zur Zeit ist leider das Abschließen sowie Eingangs- und Durchgangsverbot bereits die Regel – sei es aus rechtlichen Gründen oder aus Sicherheitsbedürfnis. Eine Trendumkehr wäre im Sinne der Rückgewinnung öffentlichen (Grün)Raums wünschenswert.



Gewässer in der Stadt

Gewässer sind aus der Sicht des Naturschutzes grundsätzlich als Lebensraum zu sehen und für ihre Bewohner durchgängig nutzbar zu machen. Die Naturnähe soll erhöht werden, Arten- und Biotopschutz Vorrang haben. Verrohrte Gewässer sollen – wenn räumlich Möglichkeiten bestehen – geöffnet werden. Uferbegleitwege können attraktive Wegeverbindungen sein, wobei eine naturnahe Gestaltung die Biodiversität erhöht. Neue Gewässer verbessern das Kleinklima und können als Retentionsräume zumindest zum Teil harte Gewässerverbauungen für den Hochwasserschutz ersetzen.

Renaturierungs- und Neubauprojekte müssen in der Praxis mit anderen Vorhaben gekoppelt werden, um die Umsetzung zu ermöglichen. Ein Beispiel dafür ist der Liesingbachrückbau, der im Zuge des Ausbaues des Kanalnetzes erfolgte. Gewässerpatenschaften wären eine Chance, Betriebe in Wasserbauprojekte einzubinden. „Ökopunkte“ für Regenwassermanagement könnten im Rahmen einer „Ökologisierung“ der Kanalgebühr die oberflächige Versickerung von Niederschlagswässern begünstigen.



Landwirtschaft

Die Mechanisierung der Landwirtschaft hat auch in Wien in weiten Bereichen zu einer „Ausräumung“ der Agrarlandschaft geführt. Naturschutzfachlich wertvolle Strukturen sind vielfach verloren gegangen, gegen gesteuert wird durch den Vertragsnaturschutz (MA 22).

Durch eine Nutzungsextensivierung von Flächen mittels extensiver Bewirtschaftung, Biolandbau, Brachen und Ackerrandstreifen können Lebensräume für bedrohte Arten geschaffen werden. Lesesteinhaufen, Lacken, Totholz, Trockenwiesen, Steinmauern, Streuobstwiesen, Raine, etc. müssen gezielt erhalten oder neu geschaffen und Mähwiesen und Offenstandorte unter Berücksichtigung von Naturschutzzielen bewirtschaftet werden. Wichtig ist die Vernetzung wertvoller Biotopflächen durch Hecken und Feldgehölze auf landwirtschaftlichen Flächen. Besonders dieser Schritt ist noch ausbaufähig. Werden Flächen der Sukzession überlassen, ist zusätzlich eine Erhöhung der Artenvielfalt zu erwarten.

Von zentraler Bedeutung für die Erreichung dieser Ziele ist die Fortführung des Vertragsnaturschutzprogrammes der MA 22 – Umweltschutz. Die Ausweitung des Biologischen Landbaus auf alle landwirtschaftlichen Flächen auf Wiener Stadtgebiet wäre wünschenswert. Landwirtschaftliche Flächen der Stadt sollten nur noch bei biologischer Bewirtschaftung verpachtet werden. Zusätzliche Anreize zur Umstellung auf biologischen Acker- und Gartenbau für private landwirtschaftliche Betriebe sollen seitens der Stadt Wien gesetzt werden.

Selbsternteprojekte sind beliebt und ausbaufähig. Cityfarming ist ein Trend, bei dem sich Menschen auch im dicht bebauten Gebiet eigenes Gemüse und Kräuter anbauen. Neben einer Stärkung des Naturbezugs der StadtbewohnerInnen bedeutet diese Gartenbewegung eine Strukturierung von Grünflächen, von der auch zahlreiche Tierarten profitieren. Die Stadt Wien unterstützt Selbsternteprojekte und Cityfarming. Über Selbsternteprojekte in Kindergärten und Schulen könnten auch die Eltern erreicht werden. Zusätzlich würde die Auszeichnung vorbildlicher Maßnahmen zu weiteren Aktivitäten motivieren.

Förderung der Artenvielfalt und innerstädtischer naturräumlicher Strukturen

Sowohl die Erhaltung großer zusammenhängender Grünräume als auch ihre Vernetzung ist notwendig. In öffentlichem Grün sind Wildnisecken, Sukzessionsflächen, Bepflanzung, die Artenvielfalt unterstützt sowie naturnahe Pflege, Bestandteil des Gesamtnetzes (Netzwerk Natur-ALSP). Die Einbeziehung von privaten Grünräumen durch Information und Förderung kann eine Umstrukturierung von „Rasen-Thujengärten“ zu standortgerechten – die Artenvielfalt unterstützenden Formen – bewirken.

Übermäßige und unsachgemäße Außenbeleuchtung beeinträchtigt Menschen und Wildtiere. Durch blendfreie Außenbeleuchtung mit Full-Cut-Off-Leuchten, mäßige gebäudenaher Anstrahlung archi-

tektonisch wertvoller Bausubstanz und stark reduzierte Werbebeleuchtung ist ein angenehmes und sicheres Lichtklima in der Stadt herstellbar. Die Beeinträchtigung von Mensch und Tier könnte auf ein Minimum reduziert werden.

Wildtiere werden allgemein als Bereicherung des städtischen Lebens empfunden. Moderne Bautechniken lassen aber wenig bis keinen Lebensraum für Wildtiere und bestehende Nistplätze werden bei Gebäudesanierungen zerstört. Nistmöglichkeiten für Gebäudebrüter und Fledermausquartiere müssen daher erhalten und neu geschaffen werden. Zur Verhinderung von Vogelanprall an Glasbauwerken ist Vogelschutzglas vorzuschreiben. Bei großen Bauprojekten sollten unbedingt Zoologen beigezogen werden.



© M. Pendl

Impressum:

Medieninhaberin und Herausgeberin:

Wiener Umwelthanwaltschaft,

Muthgasse 62, 1190 Wien

Tel.: 01/37979/0

E-Mail: post@wua.wien.gv.at

web: www.wua-wien.at

Redaktion: Romana Uhyrek

Gestaltung: DYNAMOWIEN

Cover: H. Raimund

Druck: Gugler cross media,
3390 Melk, gedruckt auf ökologischem Druckpapier aus der Mustermappe von „ÖkoKauf Wien“ und nach der Richtlinie „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UWZ 609.



Güterterminal Wien Inzersdorf

Umweltverträglichkeitsprüfung eingereicht

Die ÖBB planen die Errichtung eines multifunktionalen Umschlagterminals „Terminal Wien Inzersdorf“. Das Vorhaben soll ein vielfältiges Transport- und Logistikangebot, eine Standortkonzentration sowie die konzentrierte Abwicklung von Stückgutverkehr samt Lagerlogistik ermöglichen. Sobald die Anlage fertig gestellt ist, wird Rail Cargo Austria das derzeit auf verschiedene Wiener Standorte aufgesplitterte Gütergeschäft auf Inzersdorf konzentrieren. Inzersdorf wird ein multifunktionaler Terminal, wo klassisches Güterumschlagsgeschäft und hochwertige Kontraktlogistik-Dienstleistungen abgewickelt werden. Der gesamte Kontraktlogistikbereich des Nordwestbahnhofes wird ebenfalls nach Inzersdorf verlagert. Der Nordwestbahnhof kann dann in Folge als neues Stadtentwicklungsgebiet ausgebaut werden.

Runder Tisch mit AnrainerInnen

Bereits im Vorfeld der Umweltverträglichkeitsprüfung wurde das Vorhaben ausführlich mit AnrainerInnen und VertreterInnen der Standortgemeinden Wien, Henersdorf und Vösendorf diskutiert. Der „Runde Tisch zum Terminal Wien Inzersdorf“ hat kurz nach der Einreichung des Terminals zur Umweltverträglichkeitsprüfung einen Zwischenbericht präsentiert. Die AnrainerInnen zeigten sich dabei mit einigen Lösungen zufrieden.

In den Gesprächen mit den Vertretern der ÖBB seien mehr als 20 Punkte mit Verbesserungen durchgesetzt worden. So einigte man sich auf Lärmschutzwälle, einen besseren optischen Sichtschutz und die Errichtung einer Baustraße. Damit soll es keine Staubbelastung und keinen Lkw-Bauverkehr bei den AnrainerInnen geben.

Beginn der Umweltverträglichkeitsprüfung

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie hat bereits ein Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren

nach dem 3. Abschnitt des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes eingeleitet. Als Koordinator für die Erstellung der zusammenfassenden Bewertung der Umweltauswirkungen wurde die Kordina ZT GmbH eingesetzt.

Die Wiener Umwelthanwaltschaft als Verfahrenspartei wird darauf achten, dass die am „Runden Tisch“ vereinbarten Lösungen auch im Vorhaben umgesetzt werden. Die vor allem in der Bauphase zu erwartenden Staubbelastungen müssen so gering wie möglich gehalten werden. Die Verkehrsplanung hat so zu erfolgen, dass AnrainerInnen durch das Vorhaben möglichst wenig gestört werden.

Inbetriebnahme 2018

Sollte die Umweltverträglichkeitsprüfung bis Anfang 2012 abgeschlossen sein, so könnte der Terminal Inzersdorf bis 2018 in Betrieb gehen. Der Güterterminal Inzersdorf wäre dann der zweite leistungsfähige Kombi-Terminal zum Wiener Hafen Freudenau.



Konferenz der Landesumweltschutzverbände

31.3 und 1.4.2011 in Schruns (Vorarlberg)

Gastgeber für die Frühjahrskonferenz der Landesumweltschutzverbände war die Vorarlberger Naturschutzanwaltschaft. Die Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Landesumweltschutzverbände trafen sich im Montafoner Skiort Schruns. Der passende Schwerpunkt der Konferenz war das von der Vorarlberger Landesregierung beschlossene neu ausgearbeitete Energiekon-

zept. Vorarlberg möchte bis 2050 den gesamten Energiebedarf im eigenen Land produzieren („Energieautonomie 2050“). Die am 31.3.2011 angesetzte Exkursion zur Staumauer Silvretta diente der Veranschaulichung des Energiekonzeptes, das auf der einen Seite Ausbaupläne von Wasserkraftprojekten, auf der anderen Seite aber auch ehrgeizige Energieeffizienzpläne vorsieht. Die Effizienzpläne setzen vor allem beim Verkehr an, der zur Zeit einen beträchtlichen Teil des Energiebedarfes verursacht. Effizienzsteigerungen erwartet man sich hier durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Radverkehrs sowie durch die Einführung der Elektromobilität. Die Vorarlberger Illwerke luden

nach der Besichtigung der Staumauer zu einer Diskussion ins Silvrettahaus. Bei der Diskussion stellten sich die Vertreter der Vorarlberger Illwerke den Fragen der UmweltschutzverbändInnen und erläuterten die vorläufig geplanten Ausbauprogramme für die Wasserkraft.

Am zweiten Tag der Konferenz wurde über gemeinsame Projekte und Initiativen der Umweltschutzverbände diskutiert. Trotz der unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in den Umweltschutzverbänden zeigten sich bei den einzelnen Problemfeldern immer wieder Gemeinsamkeiten, die für Bundesländer übergreifende Aktivitäten genutzt werden können.



Wirtschaftskrise und Umweltschutz

Zu der von der Arbeiterkammer, der MA 22, dem Ökobüro und der WUA

gemeinsam organisierten Diskussionsveranstaltung (siehe auch Umweltstadt 03/2010) wurden die wichtigsten Inhalte in der Broschüre „Risk Ahead – Wirtschaftskrise und Umweltschutz“ zusammengefasst.

Die Publikation ist der Umweltstadt beigelegt und weitere Exemplare können bei der WUA unter post@wua.wien.gv.at oder www.wua-wien.at/home/publikationen kostenlos bestellt werden.

